
**FREIHEIT SCHÜTZEN,
ZUSAMMENHALT
STÄRKEN,
TERROR BEKÄMPFEN**



In Bayern gab es in kurzen Abständen drei schreckliche Taten in Würzburg, München und Ansbach. Unser Mitgefühl gilt den Opfern, den Verletzten und ihren Angehörigen. Wir danken den Sicherheitsbehörden und Rettungskräften für ihr schnelles Handeln und ihre gute Arbeit. Und wir danken all den Menschen in unserer Gesellschaft, die Solidarität zeigen und helfen.

Eine offene und solidarische Gesellschaft ist der beste Schutz vor Terror und Gewalt. Wenn alle ihren Platz in der Gesellschaft finden, alle Hilfe und Unterstützung erhalten, die sie brauchen und keiner allein gelassen wird, dann gelingt es besser, Terroristen und Gewalttätern die Stirn zu bieten. Vertrauen schafft Sicherheit. Wer dagegen Vorurteile gegen vermeintlich andere sät, die Gesellschaft spaltet und Unterstützung verweigert, schafft ein Klima der Angst, des Misstrauens und der Verunsicherung. Dort können Ohnmacht und Bereitschaft zur Gewalt besonders gut wachsen. Aus Verunsicherung wird Unsicherheit. Deshalb treten wir Grüne für einen starken Zusammenhalt, für eine Politik der guten Nachbarschaft ein. Der demokratische Rechtsstaat mit einer starken Zivilgesellschaft sorgt für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger. Er tut dies mit Vernunft und Augenmaß.

Die Hintergründe der Taten sind vielschichtig und im Detail noch unklar. Sie müssen sorgfältig aufgeklärt werden. Nur so können wir die richtigen Schritte einleiten, das Land sicherer machen und weitere Taten verhindern. Die Motive der drei Täter müssen differenziert betrachtet werden. In München war der Amoklauf offenbar rechtsextremistisch motiviert. Die Ermittlungen der Taten in Würzburg und Ansbach deuten auf Verbindungen zum „IS“ hin.

Die Antwort auf diese Herausforderung kann nur lauten, gleichermaßen entschlossen und besonnen zu handeln. Entschlossen handeln heißt, die Polizei in ihrem Bemühen um mehr Sicherheit zu unterstützen, etwa durch mehr Personal oder bessere Ausstattung. Entschlossen handeln heißt, dass Staat und Gesellschaft unmissverständlich klar machen: Wir verteidigen die Werte der offenen Gesellschaft. Entschlossen handeln heißt, einen stärkeren Fokus auf Prävention zu legen. Wenn jemand auf die schiefe Bahn gerät, müssen wir hinschauen und helfen, bevor er Straftaten begeht. Besonnen handeln heißt, die Freiheit zu schützen anstatt sie einzuengen. Manche der Forderungen, die unter dem Eindruck der Anschläge hervorgeholt werden, würden uns nicht sicherer machen, aber weniger frei. Besonnen handeln heißt, Flüchtlinge nicht unter einen Generalverdacht zu stellen, sondern ihnen die Hand zu reichen zur Integration in unsere Gesellschaft. Wer heute ausgrenzt, schafft den Nährboden für den Terrorismus von morgen. Besonnen handeln heißt, dass wir den Zusammenhalt stärken anstatt uns zurückzuziehen und abzugrenzen.



Zum besonnenen Handeln gehört es auch, neue Maßnahmen und Gesetze kritisch zu hinterfragen: Bringen sie wirklich mehr Sicherheit? Oder schränken sie die Freiheit unverhältnismäßig ein? Wir haben bereits umfassende Möglichkeiten der Strafverfolgung, die wir bei Bedarf konsequent anwenden können. Alle Maßnahmen müssen sorgfältig darauf geprüft werden, ob sie verhältnismäßig sind. Das gilt insbesondere dann, wenn sie die persönliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger einschränken. Forderungen, die beispielsweise auf mehr Videoüberwachung, Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung, Privatisierung der Sicherheitsaufgaben und Militarisierung der Innenpolitik abzielen, lehnen wir ab. Sie schränken unsere Freiheit ein, bringen aber nicht mehr Sicherheit.

Für mehr Sicherheit in unserem Land brauchen wir

1. Personell und ressourcenmäßig gut ausgestattete Polizei

Wir möchten eine personell und ressourcenmäßig gut ausgestattete Schutz- und Kriminalpolizei. Die Einstellung von mehr PolizeibeamtInnen fordern wir schon seit langem. Bis die neuen PolizistInnen ausgebildet sind, wollen wir die Polizei entlasten. Dafür fordern wir die Einstellung von zusätzlichen Tarifbeschäftigten an hierfür geeigneten Stellen, sowie die Entlastung von weniger dringenden Aufgaben (z.B. Begleitung Schwertransporter, Halterhaftung einführen, etc.). Neben mehr Polizeipräsenz müssen wir auch v.a. die SpezialistInnen (bsp. beim Thema Cyber) bei der Schutz- und Kriminalpolizei verstärken. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Die Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität muss deshalb im Rahmen der bestehenden rechtsstaatlichen Befugnisse und der Verhältnismäßigkeit intensiviert werden. Daneben muss die Polizei auch ressourcenmäßig gut ausgestattet sein - von einer angemessenen Schutzkleidung bis hin zu einer schnelleren Einführung einer neuen Dienstwaffe.

2. Bessere internationale Zusammenarbeit

Internationalem Terror kann man nur mit einer europäischen Polizei- und Sicherheitspolitik begegnen. Eine stärkere europäische Vernetzung und ein besserer rechtsstaatlich organisierter Informationsaustausch sind von Nöten. Bereits 2007 gab es auf europäischer Ebene einen entsprechenden Beschluss, der bis heute von der Bundesregierung nicht umgesetzt ist. Generell ist die Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden nicht so gut, wie sie angesichts der Herausforderung sein sollte. Hier gilt es, nationalstaatliches Denken beiseite zu schieben und auf Kooperation zu setzen.



3. Verschärfung des Waffenrechts

Es ist leider immer noch viel zu einfach, an Schusswaffen zu kommen. Dies gilt auch für den Zugang zu illegalen Schusswaffen und die Gefahr, die von umgebauten Dekorationswaffen ausgeht. Es bedarf dringend einer EU-weiten Anpassung der zum Teil erheblich differierenden waffenrechtlichen Vorschriften. Wir brauchen einen besseren Informationsaustausch und eine Verbesserung der Rückverfolgbarkeit von Waffen. Auch benötigen wir eine einheitliche Kennzeichnung sowie Standards für die irreversible Deaktivierung von Feuerwaffen. Ein schärferes Waffenrecht muss auf Bundesebene von der Großen Koalition endlich umgesetzt werden. Die Bremser der CSU müssen ihre Blockadehaltung aufgeben.

4. Konsequentes Vorgehen gegen islamistischen Terrorismus

Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen die dezentrale und vernetzte Organisation von Terroristen. Dazu gehört auch eine fundierte Analyse, warum und wie Attentäter sich unterhalb des Radars der Sicherheitsbehörden organisieren können. Der Schwerpunkt muss auf einer passgenauen und engmaschigen Überwachung konkreter Verdachtsmomente liegen. Die geltenden Gesetze bieten dafür einen großen Handlungsspielraum. Islamistische Strukturen und Gefährder müssen lückenlos aufgeklärt, überwacht und an der Ausreise gehindert werden. Dafür braucht es genügend Personal. In den Justizvollzugsanstalten muss die Radikalisierung bereits Inhaftierter verhindert und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft gefördert werden – unter Einbeziehung muslimischer Seelsorge.

5. Konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremismus

Dem massiven Anstieg rechtsextremistischer Taten müssen die bayerischen Sicherheitsbehörden entschlossen entgegen treten. Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf die rechte Szene muss weiter erhöht werden, um damit die bereits begangenen Taten schneller aufzuklären und potenzielle Nachahmer abzuschrecken. Auch Hetze und Gewaltandrohungen in den sozialen Medien müssen stärker verfolgt werden. Die Staatsregierung muss darüber hinaus alle ihr möglichen Maßnahmen ergreifen, um ein Verbot der neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ auf den Weg zu bringen.

Um unsere Freiheit zu schützen, wollen wir

1. Den islamistischen Terrorismus an der Wurzel packen

Die Terror-Anschläge in Europa, die islamistisch motiviert sind, werden in der Mehrheit von Personen begangen, die hier geboren sind oder schon seit langem in Europa leben. Für



die Radikalisierung, die im Extremfall als terroristischer Attentäter enden kann, ist in der Regel die Erfahrung entscheidend, von der Gesellschaft nicht akzeptiert zu werden und ein Außenseiter zu sein. Für kollektive und individuelle Anerkennung zu sorgen, ist deshalb ein entscheidender Schritt, um dem islamistischen Terrorismus den Nährboden zu entziehen. Der Islam darf nicht länger unter Generalverdacht gestellt werden. Einzelne Attentäter, die sich auf die Religion berufen, rechtfertigen keine Vorurteile. Wer das dennoch tut, fällt auf die Strategie der Terroristen herein. Gewaltbereite Islamisten und Islam-Hasser sind zwei Seiten derselben Medaille. Die muslimischen Verbände sind wichtige Partner bei Jugendarbeit und Prävention. Bislang ist noch kaum erforscht, wie und unter welchen Bedingungen sich einzelne Menschen radikalieren. Deshalb wollen wir entsprechende Forschungsprojekte besser unterstützen. Außerdem setzen uns für den Aufbau von kommunalen Netzwerken für die Prävention und Deradikalisierung ein – mit Strategien und Methoden, die zu den Jugendlichen und dem Milieu vor Ort passen. Darüber hinaus fordern wir ein spezielles Programm für Frauen und Mädchen.

2. Dem Terror von rechts vorbeugen

Der Kern des rechten Terrors ist Rassismus. Die Vorstellung, dass jemand weniger wert, weil er zu einer anderen Gruppe gehört, ist in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Daraus ziehen rechte Gewalttäter ihre ideologische Rechtfertigung. Nach allem, was wir bisher wissen, war auch der Amoklauf in München rassistisch motiviert. Rassismus gibt es in allen Milieus und Altersgruppen. In den Kommunen und in der Zivilgesellschaft gibt es viele Bündnisse und Initiativen, die sich des Problems annehmen. Von der CSU-Regierung erhalten sie kaum Unterstützung. Dort wird das Problem weitgehend ignoriert und manchmal sogar angeheizt. Um rechtsextremen Ideologien und Terror von rechts den Nährboden zu entziehen, brauchen wir ein klares Bekenntnis aller gesellschaftlichen Akteure zur Förderung demokratischer Werte und Überzeugungen. Dem Bekenntnis müssen konkrete Maßnahmen folgen. Wir schlagen deshalb vor, eine landesweite Koordinierungsstelle Demokratie einzurichten, die unsere Verwaltung unterstützt und die Initiativen in diesem Bereich koordiniert. Wir fordern eine bessere finanzielle Unterstützung der lokalen Bündnisse und Initiativen. Für diejenigen, die sich bereits in rechtsextremen Kreisen bewegen, müssen wir die Aussteigerhilfe verbessern. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit brauchen wir in Bayern endlich frühzeitige und präventiv einsetzende Maßnahmen. Dazu gehören u.a. mehr schulische und außerschulische Bildungsangebote zur Demokratiebildung und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die längst überfällige Überarbeitung des Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus.



3. Hinsehen und Handeln statt wegschauen

Gerade marginalisierte Menschen und labile Persönlichkeiten können anfällig für Radikalisierung sein. Wer verzweifelt ist über seine Lebensumstände, keinen Ausweg sieht und nicht über Familie und Freunde verfügt, die helfen, ist anfälliger für radikale Ideologien. Sie suggerieren klare Identitäten und Feindbilder, bieten einfache Erklärungen und scheinen dem Leben einen Sinn zu geben. Wer in eine solche Sackgasse unterwegs ist, braucht Unterstützung. Nur so können wir der Gefahr vorbeugen, dass am Ende einer solchen fatalen Entwicklung die Bereitschaft für Gewalt und Verbrechen steht. Für die Unterstützung braucht es erst einmal Menschen, die Warnsignale wie sozialen Rückzug zu erkennen. Ein engmaschiges Netz von PsychologInnen und SozialarbeiterInnen in den Schulen ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Zudem brauchen wir genügend Anlaufstellen, die psychologische Betreuung und Therapie anbieten können, wenn sie nötig ist. Insbesondere Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern, die schwere Traumata erlitten haben, brauchen ein engmaschiges Netz aus Betreuungs- und Therapiemöglichkeiten, das ergänzt wird durch eine ausreichende Zahl von Dolmetschern.

Amokläufer und Attentäter wollen durch ihre Taten ihrem Leben einen bestimmten „Sinn“ verleihen. Die Erfahrung zeigt, dass die Gefahr von Nachahmern umso größer ist, je ausführlicher über die Persönlichkeiten der Attentäter und ihre Motive berichtet wird. Hier sind vor allem die Medien aufgefordert, verantwortlich zu handeln, diesen Zusammenhang zu berücksichtigen und den Tätern möglichst wenig Gesicht zu geben.

Der Rechtsstaat ist in der Pflicht, alles in seiner Macht stehende zu tun, um Menschen möglichst vor Schaden zu bewahren. Dafür haben wir einen Vorschlag vorgelegt, der auf Repression setzt, wo es nötig ist und auf Prävention, wo sie möglich ist. Aber es geht noch um etwas anderes. Wer glaubt, der Terror lasse sich alleine durch einen starken Staat bekämpfen, irrt. Es geht um die Haltung der Menschen. Deshalb sagen wir: Es ist Zeit für ein Bekenntnis zur freien und offenen Gesellschaft. Für sie einzutreten, ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern aller Bürgerinnen und Bürger und aller gesellschaftlichen Institutionen. Eine stärkere Waffe gegen Terror als die Überzeugung und Entschlossenheit aller Demokratinnen und Demokraten gibt es nicht.

Katharina Schulze, MdL

Sprecherin für Inneres, Sport und Strategien gegen Rechtsextremismus,
stellvertretende Fraktionsvorsitzende

katharina.schulze@gruene-fraktion-bayern.de